

# Dresdener Volkszeitung

Verlagsort: Leipzig.  
Haben & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verleger: Gebr. Kämpf, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,80 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 5,00 M. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Weimarerplatz 10. Tel. 26201.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Weimarerplatz 10. Tel. 26201.  
Verlagszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeile mit 45 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinbarungen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Nr. 170.

Dresden, Mittwoch den 24. Juli 1918.

29. Jahrg.

## Befehung.

In seiner Rede im Oberhause hat Lord Wimborne erklärt, es komme nicht darauf an, Deutschland in gewöhnlichen Sinne zu besiegen, sondern man müsse es befehlen. Die Ausführungen Lord Wimbornes sind in einer Anschauung über Deutschland begründet, die in Ententeländern sehr weit verbreitet ist und immer wieder in den Reden der gegnerischen Staatsmänner und Politiker wiederkehrt. Man sieht in dem Kriege ein Mittel, den sogenannten „deutschen Militarismus“ zu befehligen, der noch der im Ententelager herrschenden Anschauung eine Gefahr für den Frieden und die Zukunft der Welt bedeutet. In weiten Kreisen des deutschen Volkes ist darüber Unklarheit vorhanden, was man im Ententelager unter „deutschem Militarismus“ versteht, wie es ja eine in diesem Kriege überhaupt so oft beobachtete, verhängnisvolle Erscheinung ist, daß die Angehörigen der gegeneinander kämpfenden Nationen aneinander vorbeisprechen. Ein grober Irrtum ist es, wenn dem deutschen Volke vorgemacht wird, daß wir es bei den Reden der gegnerischen Politiker über den deutschen Militarismus mit bloßer Deutlichkeit zu tun haben. Vor einiger Zeit konnte man an den Plakaten Tafeln angeschlagen sehen, auf denen die Ausgaben Deutschlands und Englands für Küstungswerte in den letzten Jahrzehnten angegeben waren. Mit dem Hinweis darauf, daß die englischen Ausgaben sich auf eine viel höhere Summe bezifferten als die Deutschlands, sollte bewiesen werden, daß der englische Militarismus schamlos sei als der deutsche und daß deswegen die englischen Anlagen völlig grundlos seien. Das war plumper Versuch, das deutsche Volk zu täuschen. Wie wir aus ein Urteil darüber bilden können, ob hinter den Anlagen des Gegners etwas Nichtiges zu finden ist, müssen wir uns darüber klar sein, was dieser unter seinen Worten versteht. Wer die Auslassung der Entente Politiker unbefangen prüft, kann sich leicht klar darüber werden, was sie meinen. Wenn sie von deutschem Militarismus sprechen, denken sie nicht an die Tatsache, daß in Deutschland große Summen für Meer und Flotte ausgegeben worden sind, sondern an etwas anderes, nämlich daran, daß in Deutschland die obersten militärischen Stellen einen Einfluß auf die politische Haltung des Staates besitzen, den man anderwärts nicht kennt. Und gerade die letzten Ereignisse in Deutschland zeigen, daß dieser Vorwurf nicht unbegründet ist. Man denke nur an die letzten innerpolitischen Vorgänge in Deutschland, so vor allen Dingen an die letzte Rede Scheidemanns und an die Abhaltung der Reichstagswahl. Und auch darin haben die Gegner nicht unrecht, daß dieser Einfluß der Militärgewalt auf die Politik des Staates eine Gefahr für den Frieden ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß der Berufsmilitär, der die Dinge vor allem militärisch betrachtet, leicht schon dann einen Krieg für notwendig anseht, wo der Politiker noch die Möglichkeit eines friedlichen Ausgleichs sieht. Diese Behauptung wird auch durch den Hinweis darauf nicht widerlegt, daß in anderen Ländern andere Gefahrenquellen für den Frieden vorhanden waren, nicht weniger schlimm oder noch schlimmer als der deutsche „Militarismus“, zum Beispiel das Revanchebüchlein in Frankreich.

Es wäre töricht, wenn wir uns gegen die Erkenntnis ungewisser Tatkraften sträuben wollten, nur deswegen, weil diese Tatkraften auch von den Gegnern hervorgehoben werden. Es kommt nicht darauf an, daß man die Vorwürfe des Gegners mit einer Fülle anderer, mehr oder weniger berechtigter Gegenwürfe beantwortet, sondern darauf, vorurteilslos zu prüfen, wie weit der Gegner recht hat. Nur wenn man sich so gegenseitig zu verstehen sucht, kann man den Frieden näher kommen und den Wiederansbruch einer Antagonie, wie sie der gegenwärtige Krieg ist, vorbeugen. Gewiß darf man sich darüber nicht täuschen, daß bei einem Siege die Gegner sich nicht damit begnügen würden, Deutschland von dem Uebel der militärischen Mitregierung zu befreien. Die Entente-Staatsmänner haben ja häufig wohl daraus gemacht, daß sie weitgehende Eroberungspläne haben. Bei einem Siege der Entente-Staaten würden Deutschland Friedensbedingungen ausgenötigt werden, die auch für die Massen des Volkes eine schwere Last darstellen. Deshalb können auch diejenigen, die den politischen Einfluß der Militärs in Deutschland beseitigen wollen möchten, durchaus wünschen, daß die Entente in diesem Kriege siegt. Wir können uns nicht mit Waffengewalt von dem Ententeheer befreien lassen, die politische Unfreiheit, unter denen wir in Deutschland leiden, können nur durch das deutsche Volk selbst beseitigt werden. Durch die Eroberungs- und Vernichtungspläne, die die heute in den Entente-Staaten maßgebenden Staatsmänner begen, können die deutschen Volksmassen, diejenigen Gewalten, deren innerpolitischer Einfluß sie gern brechen möchten, zu unterliegen, um eine Niederlage Deutschlands abzuwehren. Das deutsche Volk will in seiner Weisheit einen Verständigungsfrieden, aber soweit sich bisher überblicken läßt, ist es notwendig, daß der starrsinnige Krieg- und Vernichtungsplan der gegnerischen Staatsmänner durch militärische Erfolge Deutschlands gebrochen wird.

Freiheit mit militärischen Erfolgen allein ist es nicht getan. Wir müssen die Beobachtung machen, daß nach jedem militärischen Erfolge unsere Oesterreicher Obermächtig bekennen

und den kriegstreiberischen Kreisen im Ententelager neue Waffen in die Hand geben, indem sie ihre unjünglichen Eroberungstakte in die Welt hinausschreiben. Es zeigt sich immer wieder, daß das Treiben unserer Anexionisten ebenso ein Friedenshindernis ist wie der Sturzfall der Lloyd Georges und Clemenceau. Sollen wir zu einem Verständigungsfrieden gelangen, so müssen zu den deutschen Erfolgen auf dem Schlachtfelde Siege im eigenen Lande kommen, Siege über die Alldeutschen und ihre Gesinnungsgenossen, und der politische Einfluß der militärischen Gewalt muß zurückgedrängt werden. Wir müssen der Welt den Glauben heutzutage bringen, daß wir auch in Deutschland politische Zustände erreichen werden, wie sie andre Länder schon längst

haben, und daß in Zukunft auch in Deutschland die Leitung der Politik in Händen von Personen liegen wird, die der Volkswelt wirklich verantwortlich und von ihr abhängig sind. So können wir am besten den Lloyd Georges und Wilson die Waffen nehmen, die der Hinweis auf den deutschen „Militarismus“ ihnen gibt. Deshalb befindet sich auch die deutsche Sozialdemokratie auf dem rechten Wege, indem sie einerseits die militärische Kraft Deutschlands zu festigen sucht, andererseits den politischen Einfluß der militärischen Stellen bekämpft und für politische Fortschritte im Innern antritt. Beides ist notwendig, wenn wir zu einem für alle Teile günstigen Frieden und einer glücklichen Zukunft gelangen wollen.

## Fortwurstelei in Oesterreich.

Kaiser Karl hat den kaiserlichen Geheimen Rat Max Hussarek v. Heinlein mit der Bildung des Kabinetts betraut. Hussarek war im Jahre 1911 Unterrichtsminister. Er galt für einen deutsch gesinnten Mann, der aber als ehemaliger Professor des Kirchenrechts an der Universität in Wien der Kirche zugewandt ist.

Die österreichische Krise hat eine Lösung gefunden, die geradezu humoristisch anmutet. Die Regierung dimissioniert, und dafür bewilligen die Polen das Budgetprovisorium, für das somit eine Mehrheit geschaffen ist. Angesichts dieser Wendung der Dinge ist es beinahe eine Nebenbedeutung, wer Professor Nachfolger ist. Denn wenn die Polen bereit sind, dem Professor Hussarek das Budget zu bewilligen, so nicht deshalb, weil er Hussarek, sondern weil er Nicht-Hussarek ist.

Die Polen, die jetzt mit den Deutschen zusammen die Staatsnotwendigkeiten bewilligen werden, haben mit den übrigen Slawen im Bunde den Ministerpräsidenten gestürzt, in dem die Deutschen den Mann ihres Vertrauens sahen. Das schließt die Möglichkeit einer dauernden deutsch-polnischen Mehrheit von vornherein aus, mit anderen Worten, es schließt die Möglichkeit einer Wehrheitsbildung überhaupt aus. Der junge Kaiser von Oesterreich ist in die verhängnisvolle Lage geraten, daß er weder absolutistisch noch parlamentarisch regieren kann.

Solche Zustände können freilich nur den überreichen, der die Entwicklung der Dinge in Oesterreich gar nicht verfolgt hat. Im Grunde genommen war es ja schon immer so. Der Unterschied gegen frühere Zeiten besteht nur darin, daß früher ein alter Herr an der Spitze des Reiches stand, dessen Volkseinigkeit noch gewissermaßen ein einigendes Band bildete, und daß früher Frieden war und nicht Krieg. Im Frieden, unter einer gefestigten Monarchie konnte Oesterreich sich solche Exzentrikeritäten gestatten, sie galten schon mehr als eine Art der Volkseinstimmigkeit und waren nicht einmal imstande, den wirtschaftlichen Aufschwung zu verhindern. Heute rächt es sich, daß ein Staat, der zu seiner Existenz mehr des Friedens bedarf als jeder andre, in einen Krieg verwickelt ist, dessen Ende man noch nicht abseht und darum desto schmerzlicher erwartet. Der österreichische Pazifismus ist nicht bloß die Feindschaft gegen den Krieg, er wächst unmittelbar aus dem Bewußtsein heraus, daß Oesterreich den Frieden braucht, um leben zu können — sofern es überhaupt leben kann.

Die deutsche Politik würde den größten Fehler begehen, wenn sie die österreichischen Schwierigkeiten leicht nehmen würde. Sie müssen nicht nur in die Regelung der Kriegspolitik eingestellt werden, sondern sie verdienen auch die eindringlichste Beachtung, von Wirtseuropäischen Plänen die Rede ist. Italien ist Italien, Frankreich ist Frankreich, England ist England, das sind feste Begriffe, nationalstaatliche Individualitäten. Das Deutschland istlich und fälschlich umgibt und woraus Wirtseuropa geformt werden soll, ist staatsrechtlich Schwammland. Der Osten des alten Reichs und Oesterreich-Ungarns sind in eine innere Bewegung eingetreten, von der heute niemand genau sagen kann, wo sie enden wird. Wenn aber eine Prophezeiung erlaubt ist, so ist es die, daß es unmöglich sein wird, dieses ungeheure Gebiet unter deutscher Oberherrschaft zusammenzuhalten. Hätte dies möglich sein sollen, so hätte die deutsche Politik ganz anders ausssehen müssen, aber dazu ist es jetzt wohl schon zu spät. Kein einziges der nichtdeutschen Völker wird mehr für die Überzeugung zu gewinnen, daß es in einem Imporium unter deutscher Führung seine Freiheit finden könnte. Die Lehre, die sich daraus für die deutsche Politik ergibt, ist: Selbstbeschränkung. Das deutsche Volk hat vor dem Kriege ohne die Anlehnung der kaiserlichen Roubdölker Oesterreichs und ohne ein vertriebes Bündnis mit Oesterreich-Ungarn leben können, es wird dazu auch nach dem Kriege, wenn er nur endlich aufhört, auch ganz gut imstande sein.

Es ist ja kein Zufall, daß alle Verhandlungen über den Bau des neuen Wirtseuropa immer wieder ins Stocken geraten und daß man vor lauter Projekten nicht zu Abschließen kommt. Auch die mittlereuropäische Politik steht wie die österreichische im Zeichen des Fortwursteins. Nirgends zeigt sich noch die Spuren eines festen Geistes, nirgends auch nur begründete Aussichten, den Zerfall aufzuhalten.

## Eine tschechische Anlagerede.

In einer wilden und leidenschaftlichen Rede hatte Dr. Stranitzky den Antrag auf Verlegung Weiblers und Toppenburgs in Anklagezustand namens der Tschechen begründet: Wir tragen diesen Minister-

präsidenten an, der ein tschechischer Repräsentant des deutschen Oesterreich ist, dessen Existenz eine Kriegsverlängerung bedeutet. Das eine Verlesung der Nationen zu verhindern, proklamiert Herr v. Seidler den tschechischen Kurs und sucht das Uebel des tschechischen Reiches durch den Torsus damit zu kramen, daß er dem deutschen Volk die gefesselten Fesseln vor den Augen wirft. Die Deutschen sollen allerdings ein, daß ihre Hegemonie zu Ende geht. Sie wollen aber jetzt ihren Raub durch die Gründung einer Probing Deutschböhmern petrifizieren und die Verteilung in Böhmen soll dazu der erste Schritt sein.

Die Frage ist heute gar nicht, mit welchem Kurze Oesterreich regiert werden kann, sondern wie es überhaupt regiert werden kann. Oesterreich kann doch nur existieren, solange seine Wälder es wollen. Jede Regierung muß daher dahin arbeiten, daß die Nationen sich finden. Herr v. Seidler aber stellt und vor dem tschechischen Rat auf. Wir erklären, daß wir dieses mit dem deutschen Kaiser behaftete Oesterreich in alle Freiheit lassen und befehlen und, so weit wir, es schließlich vollständig zerstückeln werden. Es ist die größte nationale Pflicht des tschechischen Volkes geworden, dieses Oesterreich zu schädigen, wo und wie immer es nur möglich ist. Das erfordert unsere Kräfte gegen unser Volk und selbst unsere Kräfte gegen die böhmische Krone, und diese Kräfte kann nur in einem Verein gegen das tschechische Oesterreich bestehen. Wir sind deshalb auch gekommen, es überall, wo wir nur können, treu zu betonen. Oesterreich ist ein Einatzen ohne Fortschritt und ohne Fortschritt, das durch Abwertung von acht Präsidenten, die deutsche einbezogen, entstanden ist. Ein Staatswesen, dessen tschechische Soldaten, wie wir gehört haben, sich mit Ungehörigkeit gegen den Reichs armieren haben, um ihn zu umarmen, um sich ihm anzuschließen, um Regimenter, Brigaden, Korps, Armeen gegen dieses Einatzen zu bilden.

## Rücktritt des Herrn v. Hussarek?

Wien, 24. Juli. Die Parteien des Abgeordnetenhauses behalten sich dem Ministerpräsidenten Dr. Hussarek, der bereits im Parlament erschienen ist, gegenüber vorläufig noch sehr kühl und zurückhaltend. Es wird auch darauf hingewiesen, daß Herr v. Hussarek bei Herrn v. Seidler als Stellvertreter des verstorbenen Franz Ferdinands nachstand. Trotz seiner herrlichen Beziehungen wird jedoch Herr v. Hussarek auch bei den Christlich-Sozialen merkwürdigerweise recht kühl aufgenommen. Bei den Polen gilt der dimissionierte Ministerpräsident als Antikaiserfreund. Trotzdem ist anzunehmen, daß sie sich mit Herrn v. Hussarek verständigen werden. Dagegen sind die Ultraliberen (Mathemen) über den Rücktritt des Herrn v. Seidler außerordentlich aufgebracht. Bei den Deutschen hat natürlich der Rücktritt Seiblers Zustimmung hervorgebracht. Im Laufe des Nachmittags sind die Tschechen bei Herrn v. Hussarek erschienen, der ihnen seine Rede „tschechischer Kurs“ in allgemeinen Worten auseinandergesetzt. Die Tschechen haben sich darauf beschränkt, darauf zu erwidern, daß sie in einer Personlichkeit, die dem absolutistischen Kabinetts des Grafen Czischky angehörte, kein besonderes Vertrauen haben könnten, daß sie übrigens die Rede des neuen Ministerpräsidenten abwarten wollten. Erwidert werden die Verhandlungen des Reichsrats in Hussarek auch noch dadurch, daß heute plötzlich eine Krise im Volkstut ausgedröhren ist. Diese habe das Präsidium des Volkstutts veranlaßt, zu demissionieren, so daß eigentlich keine Vertretung des Volkstutts vorhanden ist, mit der Herr v. Hussarek autoritativ verhandeln könnte. Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß bereits neue Kandidaten als Nachfolger des Herrn v. Seidler genannt werden. So der Minister des Innern und Statthalter von Ober-Oesterreich Freiherr v. Handl, der Statthalter von Nieder-Oesterreich Freiherr v. Wlehsleben. Wie in den letzten Nachmittagsstunden im Abgeordnetenhause verlaute, dürfte Herr v. Hussarek infolge der Schwierigkeiten, die oben angedeutet wurden, seine Mission als gescheitert betrachten und sie in die Hände des Kaisers zurücklegen.

## Die Ministeranklage abgelehnt.

Wien, 23. Juli. Das Abgeordnetenhause lehnte nach zweitägiger Verhandlung in mamentlicher Abstimmung mit 110 gegen 162 Stimmen den tschechischen Antrag auf Erhebung der Ministeranklage gegen den Ministerpräsidenten Dr. v. Seidler und dem gesunkenen Minister des Innern v. Toppenburg wegen Erlaß der Rekrutierungsordnung in Böhmen ab. Danach begann die Verhandlung des von den Ombudmetra tschechischer Parteien eingebrachten Antrags, worin die Regierung aufgesordert wird, über die Verkommnisse an der Südböhmischen und im Hinterlande genaue Aufschlüsse zu erteilen. Die Verhandlung erfolgte gemäß dem Beschluß des Hauses in geheimer Sitzung.